

# GEMEINDE BÖRDELAND

mit den Ortsteilen

Biere - Eggersdorf - Eickendorf -  
Großmühlingen - Kleinmühlingen - Welsleben - Zens  
Sitz: OT Biere



Gemeinde Bördeland, Biere, Magdeburger Str. 3, 39221 Bördeland

## ÖFFENTLICHE BEKANNTMACHUNG

**Nr: 10 / 2026**

Beschluss 01 – 01 / 2026

Grundsatzbeschluss zum Ausbau und Finanzierung  
der Kirchhofstraße im Ortsteil Biere im Rahmen des  
Infrastruktur-Sondervermögensgesetz (Infra-SVG) des  
Landes Sachsen-Anhalt

Veröffentlicht von: 28.01.2026

bis: 28.02.2026

<b>Beschluss 01 – 01 / 2026 - Grundsatzbeschluss zum Ausbau und Finanzierung der Kirchhofstraße im Ortsteil Biere im Rahmen des Infrastruktur-Sondervermögensgesetz (Infra-SVG) des Landes Sachsen-Anhalt</b>
---

Fachdienst 4	Bauverwaltung	1. Vorlage	Datum 15.01.2026
--------------	---------------	------------	------------------

Beratungsfolge	Abstimmung			Termin	Status
	Ja	Nein	Enth.		
Ortschaftsrat Biere	5	-	-	27.01.2026	öffentlich
Haushaltsausschuss	8	-	-	27.01.2026	öffentlich
Gemeinderat	15	-	1	27.01.2026	öffentlich

#### **Beratungsgrundlage:**

**Grundsatzbeschluss zum Ausbau und Finanzierung der Kirchhofstraße im Ortsteil Biere im Rahmen des Infrastruktur-Sondervermögensgesetz (Infra-SVG) des Landes Sachsen-Anhalt**

#### **Beschlussvorschlag**

Der Gemeinderat der Gemeinde Bördeland beschließt den Ausbau und Finanzierung der Kirchhofstraße im Ortsteil Biere im Rahmen des Infrastruktur-Sondervermögensgesetz (Infra-SVG) des Landes Sachsen-Anhalt.

Zur Finanzierung der Maßnahme sind die entsprechenden Finanzmittel nach dem Länder- und Kommunal-Infrastrukturfinanzierungsgesetz – (LuKIFG) für das Jahr 2026 zu beantragen.

Der Bürgermeister wird ermächtigt, den Antrag zu unterzeichnen.

#### **Anlage**

- Vorentwurf des Straßenausbaus - Kirchhofstraße

#### **Begründung:**

Grundlage der Beschlussfassung bilden die §§ 4 und 45 Abs. 2 Ziff. 7 des Kommunalverfassungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA) in der Fassung der Bekanntmachung des Artikels 1 des Kommunalrechtsreformgesetzes vom 17.06.2014 (GVBl. S. 288), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 02. November 2020 (GVBl. LSA S. 630), in derzeit geltender Fassung.

Weitere rechtliche Grundlagen der Beschlussfassung bilden das Gesetz zur Finanzierung von Infrastrukturinvestitionen von Ländern und Kommunen (Länder- und Kommunal-Infrastrukturfinanzierungsgesetz - LuKIFG), die Verwaltungsvereinbarung (VV) zwischen dem Bund und den Ländern zur Durchführung des Gesetzes zur Finanzierung von Infrastrukturinvestitionen von Ländern und Kommunen „Länder- und Kommunal-Infrastrukturfinanzierungsgesetz (LuKIFG)“ sowie das Gesetz über das Sondervermögen „Infrastruktur“ (Infrastruktur- Sondervermögensgesetz – Infra-SVG) vom 16.12.2025.

Zur Umsetzung der Bundesmittel aus dem Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität errichtete das Land Sachsen-Anhalt unter der Bezeichnung „Infrastruktur“ ein nicht rechtsfähiges Sondervermögen. Dem Sondervermögen fließen alle dem Land Sachsen-Anhalt gemäß dem Länder- und Kommunal-Infrastrukturfinanzierungsgesetz zustehenden Bundesmittel in Höhe von 2 613 900 000 Euro zu.

Mittel aus dem Sondervermögen dürfen nur nach den Maßgaben des Länder- und Kommunal-Infrastrukturfinanzierungsgesetzes und der zwischen dem Bund und den Ländern geschlossenen Verwaltungsvereinbarung zur Durchführung des Länder- und Kommunal-Infrastrukturfinanzierungsgesetzes in der jeweils geltenden Fassung verwendet werden.

Die kreisfreien Städte, die Landkreise, die Einheitsgemeinden und die Verbandsgemeinden (Kommunen) erhalten insgesamt 1 568 340 000 Euro der Mittel nach § 2 (Kommunalarm). Diese Mittel werden jeweils als pauschales Budget zur freien Verwendung innerhalb der

Vorgaben des Absatzes 1 zur Verfügung gestellt. Daraus entfällt für die Gemeinde Bördeland ein Budget von 2.913.957 €. Der früheste Beginn von Investitionsmaßnahme ist der 01.01.2025, der späteste Abschluss 31.12.2042. Bewilligungen erfolgen bis zum 31.12.2036.

Die Kommunen sind verpflichtet, geplante Investitionsmaßnahmen (Vorhaben), die nach Maßgabe des § 3 Abs. 1 LuKIFG durchgeführt werden, der Investitionsbank Sachsen-Anhalt unverzüglich, spätestens jedoch vor Beginn der Durchführung, in elektronischer Form anzuzeigen. Die Vorhabenanzeige muss Angaben zur Art, zum Umfang, zum Förderbereich, zum voraussichtlichen Investitionsvolumen, zu dem geplanten Finanzierungsanteil Dritter und zu dem beantragten Bundesanteil enthalten.

Maßnahmen, die im Jahr 2026 begonnen werden sollen, sind bis zum 31.01.2026 der IB anzuzeigen.

Für den Ausbau weiterer geplanter kommunaler Infrastruktur in der Gemeinde Bördeland liegt bereits eine Vorplanung nebst Kostenschätzung für die Kirchhofstraße im Ortsteil Biere vor. Die Kirchhofstraße stellt für die Feldstraße – als Anliegerstraße - eine wichtige Hauptverbindung dar. Darüber hinaus stellt die Kirchhofstraße die wichtigste Hauptverkehrszuwegung zum Friedhof der Ortslage Biere dar. Weiterhin wird die Infrastruktur im Ort verbessert und die Lebensqualität der Dorfgemeinschaft erhöht.

- *Ziel der Vorlage*

Das Ziel ist die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse und insbesondere die Erhöhung der Sicherheit für den Straßen – und Radverkehr sowie dem Fußgängerverkehr. Weiterhin sind die durch den Bund/Land zur Verfügung gestellten Finanzmittel entsprechend zu verwenden.

- *Lösung*

Da der bisherige Eigenanteil der Gemeinde Bördeland für den Ausbau der kommunalen Infrastruktur nicht ausreichend war, erstreckt sich hiermit die Möglichkeit zur Finanzierung der erforderlichen Baumaßnahmen.

- *Alternativen*

- Keine

- *finanzielle Auswirkungen*

Die Maßnahme wird für die Bau,- Planungs- und Nebenkosten gemäß der Vorplanung ca. 952.000 Euro betragen. Die Umsetzung ist mit dem 100-prozentigen Anteil der zur Verfügung gestellten Finanzmittel aus dem Sondervermögen geplant.

Die notwendigen Finanzmittel sind in den Haushalt 2026 verbindlich einzustellen.



M. Schmoldt  
Bürgermeister



**Abstimmungsergebnis zum Beschluss 01 – 01 / 2026:**

Anzahl der Mitglieder des Gemeinderates und Bürgermeister	:21
Von diesen stimmberechtigt anwesend	:16
Es stimmten mit Ja	:15
Es stimmten mit Nein	: -
Es stimmten mit Stimmenthaltung	: 1

Gemäß § 33 KVG LSA ist kein Mitglied des Gemeinderates von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.